

### Solidarität mit überschuldeten EU-Mitgliedstaaten und Geflüchteten: Ein Vergleich von Einstellungen in West- und Ostdeutschland

Parth, Anne-Marie; Tosun, Jale; Weiß, Julia

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

**Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:**

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Parth, A.-M., Tosun, J., & Weiß, J. (2020). Solidarität mit überschuldeten EU-Mitgliedstaaten und Geflüchteten: Ein Vergleich von Einstellungen in West- und Ostdeutschland. *Informationsdienst Soziale Indikatoren*, 65, 15-21. <https://doi.org/10.15464/isi.65.2020.15-21>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

#### Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

# Solidarität mit überschuldeten EU-Mitgliedstaaten und Geflüchteten

Ein Vergleich von Einstellungen in West- und Ostdeutschland

*Anne-Marie Parth, Jale Tosun & Julia Weiß*

Institut für Politische Wissenschaft, Universität Heidelberg

## Solidarität im vereinten Deutschland

Vor nunmehr dreißig Jahren mündete der durch die friedliche Revolution in der Deutschen Demokratischen Republik angestoßene Prozess in der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands. Damit fand ein grundlegender Wandlungsprozess statt, welcher in beiden Teilen Deutschlands große Kraftanstrengungen erforderte. Auch wenn die deutsche Wiedervereinigung von zahlreichen Erfolgen gekrönt ist, welche sich nicht zuletzt darin widerspiegeln, dass das Land seit 2005 eine Ostdeutsche zur Bundeskanzlerin hat, wurden jüngst Stimmen laut, die auf anhaltende Trennlinien zwischen Ost- und Westdeutschland verwiesen.

Diese Trennlinien wurden vor allem im Zuge des massiven Zuzugs von Geflüchteten im Jahr 2015 und den daraus resultierenden Veränderungen im Wahlverhalten der Bürgerinnen und Bürger in Ost- und Westdeutschland offenkundig. Die Alternative für Deutschland (AfD), die sich in ihren Antworten auf diese sog. „Migrationskrise“<sup>1</sup> kategorisch von den anderen parlamentarischen Parteien unterscheidet, erfuhr bei den Landtagswahlen 2019 und 2020 in Brandenburg, Sachsen und Thüringen deutlich mehr Unterstützung als in den westdeutschen Bundesländern, weshalb die Frankfurter Allgemeine Zeitung (31.08.2019) die Wahlergebnisse als Ausdruck einer „geteilten Republik“ wertete. Die Wahlerfolge der AfD in Ostdeutschland legen somit nahe, dass das Thema Einwanderung die Republik teilt (siehe Reinl, Eder & Katsanidou, diese Ausgabe).

Die bisherige Forschung sucht die Ursachen der Spaltung hinsichtlich

der Solidarität gegenüber Geflüchteten primär in Unterschieden hinsichtlich sozialer Normen, Einstellungen und dem sozioökonomischen Status zwischen Ost- und Westdeutschen (Brosig-Koch et al. 2011; Gerhards et al. 2018; Lengfeld et al. 2020). Sollten diese Faktoren zentral sein, hätten sich die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen ähnlich wie in der Finanzkrise, bei der finanzielle Verlustängste im Mittelpunkt standen, zeigen müssen. Wie die vorliegende Untersuchung zeigt, trifft dies nicht zu. Vielmehr entscheidet das Vertrauen der Bürger Ost- und Westdeutschlands in die Bundesregierung, wie stark die Solidaritätsbekundung gegenüber überschuldeten EU-Mitgliedstaaten und Geflüchteten zwischen Ost- und Westdeutschland variiert.

So erforderte die Zuwanderung 2015 ein stärkeres nationales Krisenmanagement (Boin et al. 2016) als die Finanzkrise, welche zunächst auf europäischer Ebene bearbeitet und anschließend bewältigt wurde.

Unser Hauptaugenmerk gilt der Frage, welche Faktoren einen Einfluss darauf haben, ob sich Personen solidarisch mit Geflüchteten und überschuldeten EU-Mitgliedstaaten erklären, und ob sich diese Faktoren zwischen Ost- und Westdeutschland unterscheiden (vgl. Stecker & Debus 2019). Bei beiden Ereignissen liegt der Ursprung der Krisen im (nicht-)europäischen Ausland, was sich möglicherweise auf die Art auswirkt, wie diese wahrgenommen werden, und wie sehr sich die Bevölkerung mit den Betroffenen solidarisiert. Während sich die bisherige Forschung primär auf eine der beiden Krisen fokussierte,

untersucht dieser Beitrag, ob sich die allgemeine Solidaritätsbekundung zwischen den beiden Krisen in Ost- und Westdeutschland unterscheidet, und ob Solidarität begünstigende Einstellungen in finanziellen und kulturellen Krisen dieselben sind.

Die Unterscheidung zwischen Ost- und Westdeutschland basiert auf dem Befund, dass mit dem regionalen Wohnort wirtschaftliche, aber auch kulturelle Gegebenheiten einhergehen, die eine Einstellung hin zu mehr oder weniger Solidarität begünstigen können (siehe Brosig-Koch et al. 2011). Im alltäglichen gesellschaftlichen Miteinander wird das Solidaritätsempfinden durch den jeweiligen sozioökonomischen Kontext beeinflusst. Eine aktuelle Umfrage des Pew Research Centers (2019) zeigte, dass Menschen in Ostdeutschland unzufriedener mit der Politik sind und die EU und Migration kritischer sehen als Menschen in Westdeutschland. Diese Einstellungen, die mit dem Wohnort der Befragten korrelieren, könnten auch die Solidarität in beiden Krisen maßgeblich beeinflussen. Dieser Beitrag postuliert, dass Menschen, die in Westdeutschland leben, unter sonst gleichen Bedingungen solidarischer in der Finanz- und Migrationskrise sind, als Menschen, die in Ostdeutschland wohnhaft sind.

Zur empirischen Überprüfung der erwarteten Zusammenhänge werden Daten aus dem GESIS Panel aus den Jahren 2013 und 2017 herangezogen. In einem ersten Schritt vergleichen wir die potentiellen Erklärungen für Solidarität in der Finanz- und Migrationskrise, woraufhin wir in einem zweiten Schritt die Ursachen für Solidarität zwischen

West- und Ostdeutschland in der Migrationskrise gegenüberstellen.

### Politisches und allgemeines Vertrauen als zentrale Erklärungsfaktoren für Solidarität

Ähnlich wie bei vielen anderen politikwissenschaftlichen Konzepten gibt es auch zu Solidarität keine einheitliche Definition (Bauder & Juffs 2019). Definitionen von Solidarität umspannen Konzepte von „Wir-Gefühl“, über die Versorgung von Menschen in Not oder der allgemeinen Unterstützung des Wohlfahrtsstaates bis hin zu kollektivem politischem Aktivismus (Koos 2019). Dieser Beitrag folgt der Definition von Beckert et al. (2004, S.9), die Solidarität als die Bereitschaft verstehen, sich innerhalb eines Sozialgefüges gegenseitige Unterstützung und Hilfe zu gewähren und Opfer für das Wohlergehen der Gruppenmitglieder zu erbringen. Diese Definition, die einen Fokus auf das institutionalisierte System gegenseitiger Hilfe legt, ist besonders geeignet, das Handeln von Personen im gesellschaftlichen Kontext zu erklären, da sie abstrakte Unterstützungsleistungen in den Vordergrund rückt und nicht die wechselseitig erbrachten Unterstützungsleistungen betrachtet (Ciornei & Recchi 2017).

Personen mit einem höheren institutionellen Vertrauen fühlen sich weniger durch Krisen bedroht, da sie an die Fähigkeit des Parlaments und der Parteien glauben, die damit verbundenen Probleme zu lösen (Van Oorschot 2008). Wenn Staaten stabile Institutionen besitzen, denen die Bürgerinnen und Bürger vertrauen, sind diese auch eher bereit, solidarisch zu sein. Aus diesen Überlegungen folgt die erste Hypothese:

H1a: Je höher das Vertrauen in staatliche Institutionen ist, desto höher ist die individuelle Solidaritätsbereitschaft gegenüber überschuldeten Mitgliedsstaaten.

H1b: Je höher das Vertrauen in staatliche Institutionen ist, desto höher ist die individuelle Solidaritätsbereitschaft gegenüber Geflüchteten.

Ähnlich wie Katsanidou und Eder (2015)

sollen hier die Effekte unterschieden werden, die von verschiedenen staatlichen Institutionen ausgehen. Das Vertrauen in das Parlament und in politische Parteien entspricht dem allgemeinen institutionellen Vertrauen in die repräsentative Demokratie, während das Vertrauen in die Regierung das Vertrauen in die von der Exekutive getroffenen und zu verantwortenden Entscheidungen misst. Da die Bundesregierung in Krisen eine prominente Rolle einnimmt, ist zu erwarten, dass das Vertrauen in diese die Solidarität unter den Bürgerinnen und Bürgern erhöht. Hierbei müssen aber die Unterschiede zwischen beiden hier untersuchten Krisen berücksichtigt werden.

Während die Entscheidungen in der Finanzkrise primär auf EU-Ebene getroffen wurden (Tosun et al. 2014), waren in der Migrationskrise Entscheidungen zum Asylverfahren und den Rahmenbedingungen auf nationalstaatlicher Ebene angesiedelt. Somit sollte das Vertrauen in die Bundesregierung vor allem in der Migrationskrise einen Effekt auf Solidarität gegenüber Geflüchteten haben:

H1c: Je höher das Vertrauen in die Bundesregierung, desto höher ist die individuelle Solidaritätsbereitschaft gegenüber Geflüchteten.

Wenn das durchschnittliche politische Vertrauen in bestimmten Regionen hoch ist, sind es andere Faktoren, die solidarische Einstellungen erklären, da die Bewältigung der Krisen dann weniger den politischen Entscheidungsträgern zugeschrieben wird. In diesem Zusammenhang argumentieren Kroknes et al. (2015), dass vor allem jene Regionen, deren ökonomische Performanz in der Finanzkrise geschwächt wurde, ein geringes politisches Vertrauen vorweisen. Dementsprechend sollte im ökonomisch schwächeren Ostdeutschland nicht nur ein geringeres politisches Vertrauen vorliegen, sondern es sollte auch die Solidaritätsbereitschaft entscheidend beeinflussen (Brosius et al. 2020).

H1d: Wenn Befragte in Ostdeutschland leben, hat das Vertrauen in die Bundesregierung einen stärkeren Einfluss auf die Solidaritätsbereitschaft gegenüber Geflüchteten.

Weiterhin kann erwartet werden, dass die Solidarität in einer Krise jene in der darauffolgenden Krise beeinflusst. Dafür spricht, dass Einstellungen zu Solidarität häufig persistent sind und nicht anhand des betreffenden Gegenstands erneut evaluiert werden (Reiter 2007). Wenn das politische Vertrauen in der Finanzkrise geschwächt wurde und zu geringer Solidarität führte, fungiert dies als Heuristik für neue Krisen, da vergangene Vertrauensverluste bei mangelndem Wissen über die Krise handlungsleitend werden und eine anhaltend niedrige Solidarität begründen. So zeigten Brosius et al. (2020), dass vor allem niedriges politisches Vertrauen in nationale Entscheidungsträger auf supranationale Entscheidungsträger übertragen wird, und es damit zu einem „Spill-over“ kommt. Hier soll die Übertragung von geringer Solidaritätsbereitschaft von einer Krise auf die andere Krise für durchschnittlich geringe politische Vertrauenswerte getestet werden. Allerdings sollte dieser Effekt nur für Ostdeutschland vorliegen, da die Hypothese das Vertrauen in die Bundesregierung in den Mittelpunkt rückt, und diese in Ostdeutschland schwächer ausgeprägt ist.

H1e: In Ostdeutschland moderiert das politische Vertrauen in die Bundesregierung den Effekt der vorangegangenen Solidarität in der Finanzkrise auf die Solidarität in der Migrationskrise.

Zuletzt sollte das allgemeine Vertrauen einen positiven Effekt auf Solidarität in beiden Krisen haben (Halvorsen 2007). Dem folgend lauten die letzten Hypothesen:

H2a: Je stärker das allgemeine Vertrauen ist, desto höher ist die individuelle Solidaritätsbereitschaft gegenüber überschuldeten EU-Mitgliedstaaten.

H2b: Je stärker das allgemeine Vertrauen ist, desto höher ist die individuelle Solidaritätsbereitschaft gegenüber Geflüchteten.

### Überblick über die Kontrollvariablen

Die dominanten Erklärungsansätze für Solidarität können unterteilt werden in

sozioökonomische und demographische Merkmale sowie politische Einstellungen, wie institutionelles Vertrauen und politische Ideologie (Koos & Seibel 2019). Weiterhin wird argumentiert, dass sich Personen mit geringem Einkommen weniger solidarisch in Krisen zeigen, da sie stärker auf den Wohlfahrtsstaat angewiesen sind und eine höhere Wahrscheinlichkeit für Verlustängste haben (Gerhards et al. 2019; Lengfeld et al. 2020). Dieses Argument basiert auf der Annahme, dass sich Personen innerhalb eines Sozialgefüges kategorisieren können, und dass die Einordnung in eine Eigengruppe zur Folge hat, dass man den Status der Eigengruppe, der in relativer Konkurrenz zu Außengruppen (hier: Geflüchtete, überschuldete EU-Mitgliedsstaaten) steht, verbessern möchte. Die bisherige Forschung kommt jedoch zu dem Ergebnis, dass wirtschaftliche Faktoren keine Erklärungskraft für Solidarität in der Finanzkrise haben (Bechtel et al. 2014; Gerhards et al. 2019). Da in Ostdeutschland eine ökonomische Deprivation im Vergleich zu Westdeutschland besteht, ist jedoch denkbar, dass die Erwerbssituation in Ostdeutschland einen Einfluss hat. Wenn Personen durch die Krise individuell betroffen sind, dann sollte dies ebenfalls die Solidarität beeinflussen. Weiterhin betont die Forschung zu sozioökonomischen Determinanten die Rolle von

Bildung (Bechtel et al. 2014; Lengfeld et al. 2015).

Zusätzlich gilt es für das Alter (Erwartung: negativer Zusammenhang), das Geschlecht (Erwartung: Frauen sind solidarischer) und die politische Einstellung (Erwartung: linke Personen sind solidarischer) zu kontrollieren (Daniele & Geys 2015; Van Oorschot 2008; Verhaegen 2014).

### Untersuchungsdesign

Die Datengrundlage für diese Untersuchung bilden die GESIS Panel Wellen *ab* (2013) und *ea* (2017). Das GESIS Panel ist eine repräsentative Umfrage für Deutschland, in deren Kontext seit über sechs Jahren alle zwei Monate online und offline 5.400 Personen zu aktuellen politischen und gesellschaftlichen Thematiken befragt werden (GESIS Panel 2019).

Die Messung von Solidarität mit überschuldeten EU-Mitgliedstaaten in der Finanzkrise erfolgte anhand der Frage, ob „überschuldete Mitgliedstaaten aus der Eurozone ausgeschlossen werden sollten“ (Variable *abad094a*). Diese Aussage wird im Original-Datensatz auf einer Likert-Skala mit fünf Ausprägungen erfasst. Zur Vereinfachung der Interpretation wird diese Variable hier in binärer Ausprägung untersucht.<sup>2</sup> Die Messung von Solidarität mit Geflüchteten in der

Migrationskrise erfolgt anhand der Frage, ob „Geflüchtete eine Bedrohung oder Bereicherung für den Wohlstand in Deutschland sind“ (Variable *eazj112a*). Auch diese Antwortkategorien werden mittels einer binären Variable analysiert, die durch das Umcodieren einer ursprünglich fünfstufigen Variable gewonnen wurde. Beide zu erklärenden Variablen zielen auf die finanzielle bzw. wirtschaftliche Komponente von Solidarität in Krisen ab, sodass sie gut miteinander verglichen werden können.

Bei der ersten abhängigen Variablen (Solidarität mit überschuldeten EU-Staaten) beträgt die Fallzahl 1.892, und bei der zweiten abhängigen Variablen (Solidarität mit Geflüchteten) 3.084. Da das GESIS Panel zur Zeit der Finanzkrise noch im Aufbau war und zu geringe Fallzahlen aufwies, kann der systematische Vergleich der Determinanten für Solidarität nur mit dem Datensatz durchgeführt werden, der sich auf die Solidarität gegenüber Geflüchteten bezieht.

Das Messniveau der Variablen sowie die Mittelwerte und Standardabweichungen sind in Tabelle 1 aufgeführt. Hierbei ist zu beachten, dass für die Erklärung von Solidarität in der Finanzkrise Variablenwerte aus dem Jahr 2013 herangezogen wurden, während für die Migrationskrise Werte aus dem Jahr 2017 betrachtet werden.

Da die abhängigen Variablen binär

**Tabelle 1** Deskriptive Statistiken

Variable	Hypothese	Messbereich	Mittelwert (Standardabweichung) (2013)	Mittelwert (Standardabweichung) (2017)
<b>Abhängige Variablen</b>				
Solidarität in der Finanzkrise		0-1	0.48 (0.49)	
Solidarität in der Migrationskrise		0-1		0.616 (0.48)
<b>Erklärende Variablen</b>				
Vertrauen: Bundestag	H1ab	1-7	4.11 (1.39)	3.87 (1.50)
Vertrauen: Politische Parteien	H1ab	1-7	3.26 (1.21)	3.07 (1.27)
Vertrauen: Bundesregierung	H1cde	1-7	3.97 (1.44)	3.72 (1.52)
Allgemeines Vertrauen	H2	1-4	3.70 (0.66)	5.33 (2.34)
Wohnort (Ost=1)	H1de	0-1	0.19 (0.39)	0.19 (0.39)
<b>Kontrollvariablen</b>				
Alter (in Jahren)		19-71	45.52 (14.66)	51.20 (13.97)
Geschlecht (männlich=1)		0-1	0.49 (0.49)	0.48 (0.49)
Erwerbssituation (erwerbstätig=1)		0-1	0.73 (0.44)	0.76 (0.42)
Höchster Schulabschluss		1-4	3.27 (0.78)	3.27 (0.78)
Links-Rechts-Selbsteinstufung		1-7	3.68 (1.23)	4.78 (1.82)
Eigene Betroffenheit in der Finanzkrise		1-5	2.60 (0.88)	

Datenbasis: Eigene Berechnungen auf Basis der GESIS Panel Wellen *ab* (2013) und *ea* (2017)

kodiert sind, werden die Hypothesen mittels logistischer Regressionsmodelle überprüft.

### Was bedingt Solidarität in der Finanz- und Migrationskrise?

Die Konfidenzintervallgraphen in Grafik 1 zeigen, welche Faktoren Solidarität in der Finanz- und Migrationskrise erklären. Die Grafiken bilden die Konfidenzintervalle in relativen Chancen (*Odds Ratios*) ab, d.h. Werte über 1 erhöhen die Chance für eine solidarische Einstellung und Werte unter 1 verringern diese. Konfidenzintervalle, die den Wert 1 ausschließen, weisen auf signifikante Effekte auf dem 95%-Niveau hin.

Der zentrale Fokus der Untersuchung liegt auf dem Einfluss von verschiedenen Formen von Vertrauen auf eine solidarische Haltung in Krisenzeiten. Während das politische Vertrauen in die Bundesregierung keinen Effekt auf die Solidarität mit überschuldeten EU-Staaten hat, erhöht das Vertrauen in die Bundesregierung die Solidarität gegenüber Geflüchteten, was die Hypothese 1c bestätigt. Interessanterweise hat das Vertrauen in die Bundesregierung mit einem Odds Ratio von 1.3 sogar den größten Effekt auf Solidarität. Für das Vertrauen in den Bundestag und in die politischen Parteien weisen die Ergebnisse keine signifikanten Effekte aus, so dass die Hypothesen 1a und 1b verworfen werden müssen.

Die zweite Hypothese befasst sich mit dem Einfluss von allgemeinem Vertrauen auf Solidarität. Die Ergebnisse zeigen hier, dass ein hohes allgemeines Vertrauen in beiden Krisen mit hoher Solidarität einhergeht, was die Hypothesen 2a und 2b bestätigt.

Zudem sind ältere Menschen solidarisch mit überschuldeten Ländern. Zur Erklärung von Solidarität in der Migrationskrise hat das Alter einer Person keinen signifikanten Effekt. Die Chance, dass Frauen Geflüchteten Solidarität entgegenbringen, ist höher als bei Männern. In der Finanzkrise kann Solidarität nicht durch das Geschlecht erklärt werden. Auch die Erwerbstätigkeit hat in den vorliegenden Modellen keinen signifikanten Effekt auf die Ausprägung

der abhängigen Variablen. Je linker sich die Befragten in ideologischer Hinsicht einstufen, desto wahrscheinlicher sind sie solidarisch in beiden Krisen. Der Bildungsgrad hat einen signifikanten Effekt auf die Solidarität mit überschuldeten Staaten, nicht aber auf die Solidarität mit Geflüchteten. Letzteres steht im Widerspruch zur Kosmopolitismus- und Kommunitarismus-Debatte, welche nahelegt, dass insbesondere Personen mit hoher Bildung als „Grenzöffner“ betrachtet werden können (Merkel 2017).

Weiterhin zeigen die Regressionsmodelle, dass Befragte aus Ostdeutschland in beiden Krisen eine geringere Solidaritätsbekundung aufweisen als Befragte aus Westdeutschland. Menschen, die in Westdeutschland leben, haben eine 1,5-fach höhere Chance anzugeben, in der Finanz- und Migrationskrise solidarisch zu sein als Menschen, die in Ostdeutschland leben. Dies zeigt, dass die regionalen Differenzen zwischen Ost und West hinsichtlich der Solidaritätsbekundung bereits in der Finanzkrise zum Tragen gekommen sind.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Vertrauen ein zentraler Erklärungsfaktor ist. Dabei wirken sich das Vertrauen in die Bundesregierung sowie das allgemeine Vertrauen positiv auf die Solidaritätsbekundungen im Zusammenhang mit der Migrationskrise aus, während bei der Finanzkrise nur

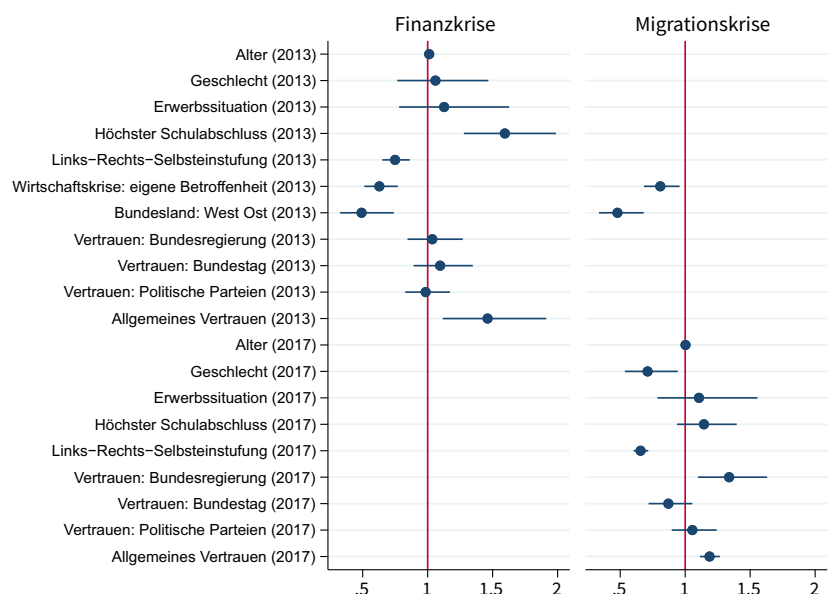
das Vertrauen in die Bundesregierung hinsichtlich der Solidarisierung mit überschuldeten EU-Staaten eine wichtige Rolle gespielt hat. Zudem stellen die politische Einstellung, der Bildungsabschluss und das Geschlecht Faktoren dar, die einen signifikanten Einfluss auf die Ausprägung der abhängigen Variablen haben.

### Unterscheiden sich die Erklärungen von Solidarität zwischen Ost- und Westdeutschland?

In einem nächsten Schritt gilt es, die Analysen separat für Ost- und Westdeutsche durchzuführen, um die verbleibenden Hypothesen einer empirischen Überprüfung unterziehen zu können. Wie bereits weiter oben dargelegt, kann diese Analyse aus Gründen der Datenverfügbarkeit lediglich auf die Solidaritätsbekundungen im Zusammenhang mit der Migrationskrise im Jahr 2015 durchgeführt werden. Grafik 2 ist zu entnehmen, dass sich die Determinanten für Solidarität in der Migrationskrise zwischen Ost- und Westdeutschland unterscheiden.

Besonders auffällig sind die Unterschiede hinsichtlich des Einflusses von Vertrauen: während allgemeines Vertrauen in Westdeutschland die Wahrscheinlichkeit für Solidarität in

Grafik 1 Solidarität in der Finanz- und Migrationskrise im Vergleich



Datenbasis: Eigene Berechnungen auf Basis der GESIS Panel Wellen ab (2013) ea (2017)

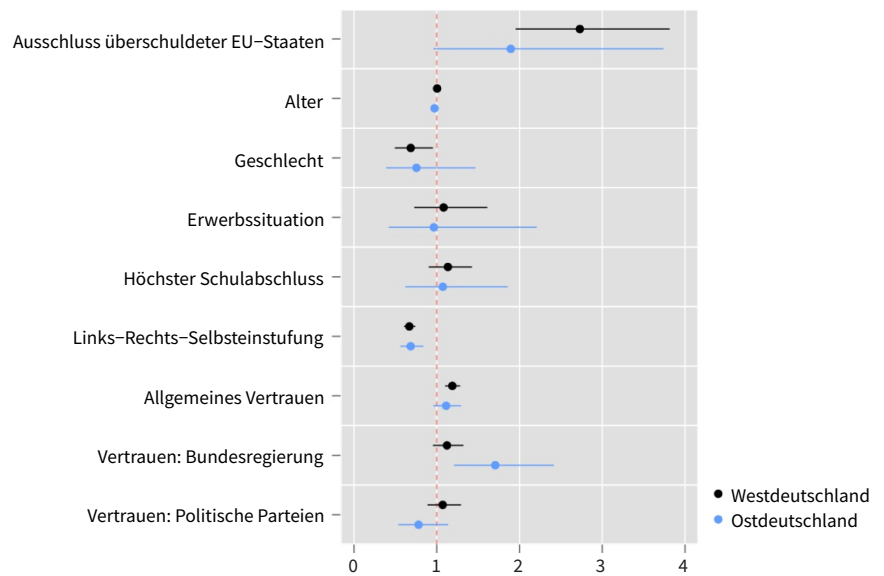


der Migrationskrise erhöht, ist es in Ostdeutschland das Vertrauen in die Bundesregierung. Das Vertrauen in die Bundesregierung hat den stärksten Effekt zur Erklärung von Solidarität in Ostdeutschland, was Hypothese 1d bestätigt.

Während sich jüngere Personen in Ostdeutschland eher solidarisch mit Geflüchteten erklären, spielt das Alter in Westdeutschland keine Rolle. In Ostdeutschland wiederum gibt es keinen Unterschied zwischen Männern und Frauen dahingehend, ob sie Geflüchteten Solidarität entgegenbringen, während in Westdeutschland Frauen eine signifikant höhere Wahrscheinlichkeit hierfür haben. Eine eher linke politische Einstellung ist in Ost- und Westdeutschland ein Faktor, der mit Solidarität in der Migrationskrise einhergeht. Weder die Erwerbssituation, noch der höchste Bildungsabschluss oder das Vertrauen in politische Parteien sind signifikante Faktoren zur Erklärung der Solidarität in der Migrationskrise.

In Westdeutschland erhöht Solidarität in der Finanzkrise auch die Solidarität in der Migrationskrise, so dass wir eine Interdependenz zwischen beiden Krisenmomenten und deren Auswirkungen auf Solidarität konstatieren können. Mit einem standardisierten Koeffizienten von 2.73 Standardabweichungen hat dies sogar den größten Einfluss zur Erklärung der Solidarität in der Migrationskrise. Für Ostdeutschland kann dieser Zusammenhang auf einem 10%igen Signifikanzniveau bestätigt werden. Das niedrigere Signifikanzniveau lässt sich wahrscheinlich auf die vergleichsweise geringe Fallzahl zurückführen. Um die „Spill-over“-Effekte von Solidarität zwischen Krisen sowie den moderierenden Effekten von politischem Vertrauen näher zu betrachten, gilt es, einen entsprechenden Interaktionsterm zu berechnen. Die darauf beruhenden vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten sind der Grafik 3 zu entnehmen. Diese zeigen, dass Westdeutsche, die überschuldete Mitgliedsstaaten in der Finanzkrise nicht ausschließen wollten, eine erwartete Wahrscheinlichkeit von 73-75% haben, im Zusammenhang mit der Migrationskrise anzugeben, dass

Grafik 2 Solidarität in der Migrationskrise in Ost- und Westdeutschland



Datenbasis: Eigene Berechnungen auf Basis der GESIS Panel Welle ea

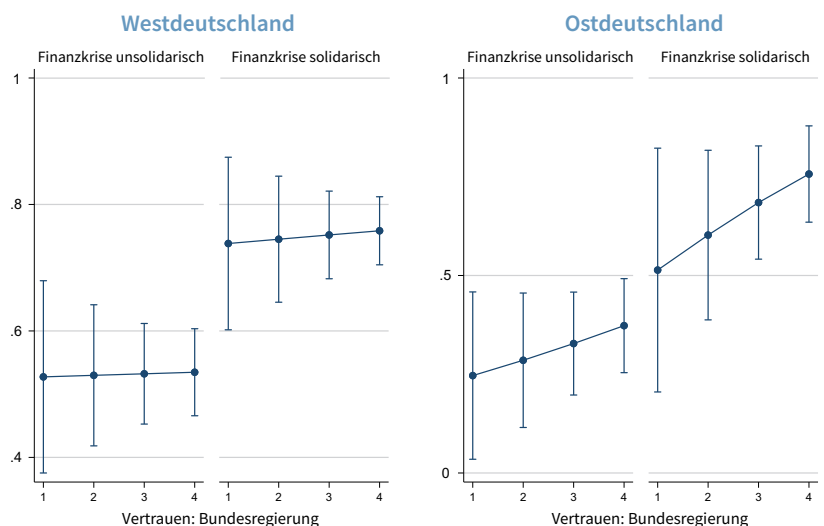
sie solidarisch sind. Die vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten reduzieren sich um 20 %-Punkte, wenn sie in der Finanzkrise nicht solidarisch mit den überschuldeten EU-Staaten waren. Das politische Vertrauen in die Bundesregierung hat jedoch keinen moderierenden Effekt.

Anders verhält es sich in Ostdeutschland, wo steigendes Vertrauen in die Bundesregierung den Effekt von Solidarität in der Finanzkrise auf jene in der Migrationskrise erhöht. Ostdeutsche, die angaben, im Zuge der Finanzkrise

solidarisch gewesen zu sein, haben bei steigendem Vertrauen in die Bundesregierung eine um 24 %-Punkte erhöhte Wahrscheinlichkeit für Solidarität in der Migrationskrise.

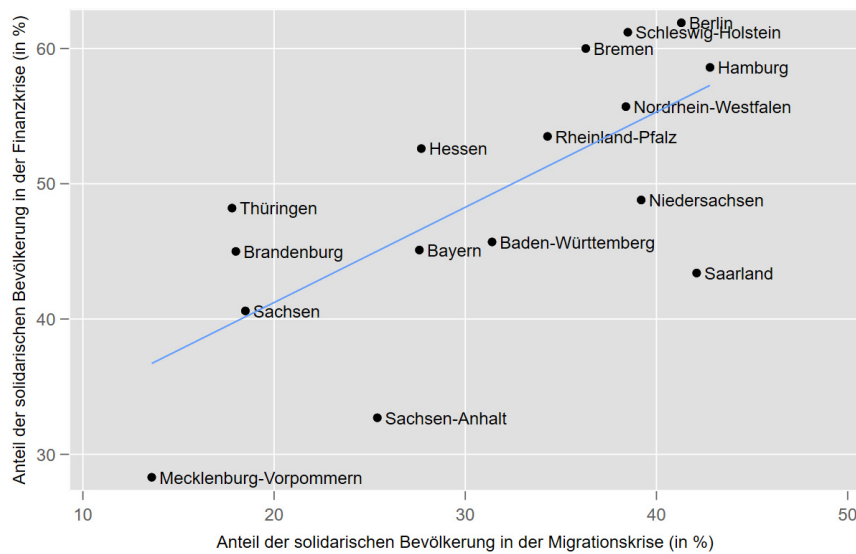
Die Ergebnisse zur Migrationskrise legen die Vermutung nahe, dass sich die Ursachen für Solidarität in Ost- und Westdeutschland unterscheiden. Während in Ostdeutschland das politische Vertrauen der Befragten die Wahrscheinlichkeit erhöht, Geflüchtete als Bereicherung für die Wirtschaft wahrzunehmen, ist es in Westdeutschland das allgemeine

Grafik 3 Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten für Solidarität in der Migrationskrise



Datenbasis: Eigene Berechnungen auf Basis der GESIS Panel Welle ab (2013) und ea (2017)

**Grafik 4 Die durchschnittliche Solidarität in der Finanz- und Migrationskrise von Bundesländern**



Datenbasis: Eigene Berechnungen auf Basis der GESIS Panel Welle ab (2013) und ea (2017)

Vertrauen, welche die Unterstützung von Geflüchteten erklärt. Demzufolge kann eine Stärkung des Vertrauens in die Bundesregierung in Ostdeutschland zu einer signifikanten Erhöhung der Solidarität mit Geflüchteten führen, während das allgemeine Vertrauen, welches in Westdeutschland ein zentraler Erklärungsfaktor darstellt, nur schwer extern beeinflusst werden kann.

Zur Überprüfung der Robustheit der Ergebnisse werden in Grafik 4 die Solidaritätseinstellungen nach Bundesländern in ein Streudiagramm abgetragen. Sollten makroökonomische Faktoren die individuellen Erklärungen überlagern, müssten wir in ökonomisch vergleichbaren Bundesländern auch ähnliche Solidaritätswerte sehen und in den wirtschaftlich stärksten Ländern auch die höchsten Solidaritätswerte finden.

Der Grafik ist zu entnehmen, dass alle Bundesländer in der Finanzkrise eine durchschnittlich höhere Solidarität aufweisen als in der Migrationskrise. Während die durchschnittliche Solidarität in der Finanzkrise in Westdeutschland 52% beträgt, sind es in Ostdeutschland 39%. In der Migrationskrise ist die durchschnittliche Solidarität in Ostdeutschland bei 19%, in Westdeutschland liegt sie bei 36%, d.h. die Solidarität in der Migrationskrise ist in den westdeutschen Bundesländern fast doppelt so hoch wie

in Ostdeutschland.

In allen ostdeutschen Bundesländern – mit Ausnahme von Berlin – ist der Anteil der Bürgerinnen und Bürger, die sich nicht solidarisieren, höher als der Anteil, der sich solidarisiert. Aufgrund dessen siedeln sich die ostdeutschen Bundesländer in beiden Krisen im unteren Drittel des Streudiagramms an. Mecklenburg-Vorpommern ist eine besonders auffällige Beobachtung, da die durchschnittliche Solidarität in beiden Krisen das Minimum der Verteilung bildet. Dass sich Ost- und Westdeutschland insgesamt in ihrer durchschnittlichen Solidarität unterscheiden, kann jedoch nicht auf Ausreißer zurückgeführt werden: Die Standardabweichung zwischen den neuen Bundesländern ist in der Migrationskrise sogar geringer als jene in den alten Bundesländern, in der Finanzkrise ist sie mit einem Wert von 8,3 um 1,9 %-Punkte höher als in Westdeutschland. Es lässt sich also festhalten, dass die regionale Unterteilung in Ost- und Westdeutschland empirisch sinnvoll ist und nicht durch Merkmale einzelner Bundesländer überlagert wird.

Zudem zeigt die Grafik, dass die Verteilung der Bundesländer vergleichsweise gleichmäßig entlang der eingezeichneten Geraden streut. Das bedeutet, dass bei einem Großteil der Bundesländer

die Solidarität in der Finanzkrise mit der Befürwortung von Migration korreliert und ein Zusammenhang zwischen der Solidarität in beiden Krisen besteht. Dies unterstreicht das „Spill-over“-Argument, d.h. dass die zeitliche Einbettung zum Verständnis von Krisenreaktionen wichtig ist. Mit den vorliegenden Daten und Methoden kann jedoch nicht zuverlässig geprüft werden, ob die Aufeinanderfolge der Krisen dazu führte, dass die letzte noch in die aktuelle Krise wirkt.

## Fazit

Dieser Beitrag konnte zeigen, dass Institutionen und das Vertrauen in diese eine wichtige Rolle für die Erklärung von Solidarität mit Hilfsbedürftigen in transnationalen Krisen spielen. In Ostdeutschland ist insbesondere das Vertrauen der Befragten in die Bundesregierung von zentraler Bedeutung, wohingegen Befragte in Westdeutschland eher solidarisch sind, wenn sie über ein hohes Maß an allgemeinem Vertrauen verfügen. Dieses interessante Ergebnis ist vor allem dadurch politisch relevant, da angenommen werden kann, dass das Vertrauen in die Bundesregierung einfacher zu beeinflussen ist als das allgemeine Vertrauen. Damit bietet sich die probate Möglichkeit, die Solidarität der Bevölkerung, insbesondere in Ostdeutschland, positiv zu beeinflussen. Die Bundesregierung sollte direkter die Entscheidungssituationen und die korrespondierenden Handlungsoptionen der Bevölkerung kommunizieren. Wenn sie umfassend und transparent über Entscheidungen in Krisen informiert, dann hätte sie die Möglichkeit, mehr Verständnis für ihr Handeln zu erreichen und damit den Grundstein für eine Stärkung des sozialen Zusammenhaltes zu legen, welcher jüngst als gefährdet angesehen wurde (vgl. Bochmann & Döring 2020). Diese Betrachtungsweise setzt transparente politische Kommunikation als vertrauensbildende Maßnahme voraus.

Die Untersuchung zeigt darüber hinaus, dass die Forschung zu politischen Einstellungen von einer systematischen Erfassung von Institutionen profitieren kann, um den Umgang mit Krisen zu erklären. Gleichzeitig kann die

Institutionenforschung ihre praktische Bedeutung weiter erhöhen, indem sie die Bedeutung von Institutionen für gesellschaftliche Dynamiken betont.

## Literatur

- Bauder, H., & Juffs, L. (2019). 'Solidarity' in the migration and refugee literature: Analysis of a concept. *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 46(1), 1-20.
- Bechtel, M., Hainmueller, J. & Margalit, Y. (2014). Preferences for international redistribution: The divide over the Eurozone bailouts. *American Journal of Political Science*, 58(4), 835-856.
- Beckert, J., Eckert, J. Streeck, W. & M. Kohli (Hrsg.) (2004). *Transnationale Solidarität. Chancen und Grenzen*. Frankfurt am Main/ New York: Campus.
- Bochmann, C., & Döring, H. (Hrsg.) (2020). *Gesellschaftlichen Zusammenhalt gestalten*. Wiesbaden: Springer VS.
- Boin, A., t Hart, P., & McConnell, A. (2009). Crisis exploitation: political and policy impacts of framing contests. *Journal of European Public Policy*, 16(1), 81-106.
- Boin, A., Stern, E., & Sundelius, B. (2016). *The politics of crisis management: Public leadership under pressure*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Brosig-Koch, J., Helbach, C., Ockenfels, A. & Weimann, J. (2011). Still different after all these years: solidarity behavior in East and West Germany. *Journal of Public Economics*, 95(11-12), 1373-1376.
- Brosius, A., Van Elsas, E. & De Vreese, C. (2020). Trust in context: National heuristics and survey context effects on political trust in the European Union. *European Union Politics*. <https://doi.org/10.1177/1465116519896010>.
- Ciornei, I. & Recchi, E. (2017). At the Source of European Solidarity: Assessing the Effects of Cross-border Practices and Political Attitudes. *JCMS: Journal of Common Market Studies*, 55(3), 468-485. doi: 10.1111/jcms.12507.
- Daniele, G. & Geys, B. (2015). Public support for European fiscal integration in times of crisis. *Journal of European Public Policy*, 22(5), 650-670.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (2019). Die geteilte Republik. Retrieved on February 2, 2020, from <https://www.faz.net/aktuell/politik/wahl-in-sachsen/landtagswahlen-im-osten-die-geteilte-republik-16358307.html>.
- Gerhards, J., Lengfeld, H., Ignác, Z., Kley, F., & Priem, M. (2018). How strong is European solidarity? Berlin Studies on the Sociology of Europe, Working Paper Nr.37.
- Gerhards, J., Lengfeld, H., Ignác, Z., Kley, F., & Priem, M. (2019). Fiscal solidarity – supporting member states in financial need. In J. Gerhards et al. (Hrsg.). *European solidarity in times of crisis: Insights from a thirteen-country survey*. London: Routledge.
- GESIS Panel Team (2019). GESIS Panel – Standard Edition. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5665 (30-0-0) Version.
- Halvorsen, K. (2007). Legitimacy of welfare states in transitions from homogeneity to multiculturalism: A matter of trust. In S. Mau & B. Veghte (Hrsg.), *Social Justice, Legitimacy and the Welfare State* (S. 239-260), Aldershot: Ashgate.
- Katsanidou, A., Eder, C. (2015). Vote, party, or protest: the influence of confidence in political institutions on various modes of political participation in Europe. *Comparative European Politics*, 16(2), 290-309.
- Koos, S. (2019). Crises and the reconfiguration of solidarities in Europe – origins, scope, variations. *European Societies*, DOI: 10.1080/14616696.2019.1616797.
- Koos, S. & Seibel, V. (2019). Solidarity with refugees across Europe. A comparative analysis of public support for helping forced migrants. *European Societies*, 21(5), 704-729. DOI: 10.1080/14616696.2019.1616794.
- Kroknes, V., Jakobsen, T. & Grønning, L.-M. (2015). Economic Performance and Political Trust: The impact of the financial crisis on European citizens. *European Societies*, 17(5), 700-723.
- Lengfeld, H., Schmidt, S. & Häuberer, J. (2015). Is there a European solidarity? Attitudes towards fiscal assistance for debt-ridden European Union member states. *Arbeitsbericht des Instituts für Soziologie Leipzig*, 67.
- Lengfeld, H., Kley, F. K., & Häuberer, J. (2020). Contemplating the Eurozone crisis: are European citizens willing to pay for a European solidarity tax? Evidence from Germany and Portugal. *European Societies*, 1-31.
- Merkel, W. (2017). Kosmopolitismus versus Kommunitarismus: Ein neuer Konflikt in der Demokratie. In Harfst, P., Kubbe, I., Poguntke, T. (Hrsg.), *Parties, Governments and Elites. Vergleichende Politikwissenschaft*. Springer VS, Wiesbaden.
- Pew Research Center (2019). *Global Attitudes Survey*. Spring 2019.
- Reiter, H. (2007). Unemployment and solidarity in post-communism – negotiating meanings between the west and the past. *EUI Working Papers SPS*, No.2007/2.
- Stecker, C. & Debus, M. (2019). Refugees welcome? Zum Einfluss der Flüchtlingsunterbringung auf den Wahlerfolg der AfD bei der Bundestagswahl 2017 in Bayern. *Politische Vierteljahresschrift*, 60(2), 299-323.
- Tosun, J., Wetzel, A. & Zapryanova, G. (2014). The EU in crisis: Advancing the debate. *Journal of European Integration*, 36(3), 195-211.
- Van der Meer, T. (2016). Political trust and the "crisis of democracy". In R.J. Dalton (eds.), *Oxford Research Encyclopedia on Politics*. New York: Oxford University Press. DOI: 10.1093/acrefore/9780190228637.013.77.
- Van Oorschot, W. (2008). Solidarity towards Immigrants in European welfare states. *Journal of Social Welfare*, 17(1), 3-14.
- Verhaegen, S. (2014). What to expect from European identity? Explaining support for solidarity in times of crisis. *Comparative European Politics*, 16(5), 871-904.

- 1 *Der Begriff „Krise“ kann zum einen verwendet werden, um zum Ausdruck zu bringen, dass es sich um ein außergewöhnliches Ergebnis handelt, welches zeitnah adressiert werden muss (vgl. Boin et al. 2016). Zum anderen wird der Begriff auch strategisch gewählt, um ein Thema zu emotionalisieren und damit Unterstützung zu mobilisieren (vgl. Boin et al. 2009). Dieser Beitrag verwendet „Krise“ entsprechend der ersten Perspektive.*
- 2 *Die Ergebnisse bleiben robust, wenn die Originalskalen verwendet werden. Beim Vergleich der beiden Krisen gibt es nur eine Abweichung in den Kontrollvariablen, beim Vergleich von Ost- und Westdeutschland ist in der OLS-Regression der Effekt für das Vertrauen in die Regierung in Westdeutschland signifikant. Da die Diagnostik der OLS-Annahmen zeigt, dass diese Modelle nicht zur Datenstruktur passen, werden die Ergebnisse der logistischen Regression präsentiert.*

anne-marie.parth@ipw.uni-heidelberg.de

jale.tosun@ipw.uni-heidelberg.de

julia.weiss@ipw.uni-heidelberg.de

doi: 10.15464/isi.65.2020.15-21